

Antrag 41/I/2021**FA II - EU-Angelegenheiten****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Demokratisierung der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
 2 rung, die SPD-Bundestagsfraktion sowie die S&D-Fraktion
 3 im Europäischen Parlament werden dazu aufgefordert, ih-
 4 re Zustimmung zu einer verstärkten Europäisierung der
 5 Sicherheitspolitik an Bedingungen zu knüpfen, die ei-
 6 ner intergouvernementalen Entkoppelung von demokra-
 7 tischer Kontrolle und den zunehmenden Kapazitäten im
 8 Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vorbeu-
 9 gen.

10

11 Wir unterstützen explizit die Entwicklung des strate-
 12 gischen Kompasses als neuem Grundlagendokument
 13 der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
 14 (GSVP) der Europäischen Union (EU) sowie das Ziel, ge-
 15 meinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungsinter-
 16 teressen zu verfolgen. Allerdings muss die Ausweitung
 17 der militärischen Kapazitäten und der Verteidigungspot-
 18 entiale der EU im Ganzen mit einer Verstärkung der
 19 parlamentarisch-demokratischen Kontrolle durch das EU-
 20 Parlament und die nationalen Parlamente verbunden
 21 werden.

22

23 Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PES-
 24 CO) wurde ein erster wichtiger Schritt zu mehr suprana-
 25 tionaler Gemeinsamkeit in der europäischen Sicherheits-
 26 , Verteidigungs- sowie Rüstungspolitik getan. Dieser Pro-
 27 zess hin zu einer echten Europäischen Sicherheits- und
 28 Verteidigungsunion muss nun entschlossen vorangetrie-
 29 ben und gleichzeitig einer effektiven demokratischen
 30 Kontrolle unterworfen werden:

31

- 32 • Eine sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidi-
 33 gungspolitik hat zum Ziel, demokratische Kontrol-
 34 le, sog. „Checks und Balances“, aufzubauen und auf-
 35 rechtzuerhalten. Anstatt weitere Kapazitäten und
 36 Fähigkeiten auf zwischenstaatlicher Ebene zu schaf-
 37 fen – etwa um Größenvorteile in der Handlungsfä-
 38 higkeit zu gewinnen – , sollte eine Neugestaltung
 39 supranationaler europäischer Kompetenzbefugnisse
 40 in der GSVP im Fokus stehen. Wir fordern daher
 41 eine stärkere Beteiligung des EU-Parlaments an der
 42 Überprüfung, Billigung und strategischen Lenkung
 43 gemeinsamer GSVP-Ressourcen.
- 44 • Für EU-Missionen im Ausland muss für das EU-
 45 Parlament ein Parlamentsvorbehalt Anwendung
 46 finden, der dem des Bundestages für Auslandsein-
 47 sätze der Bundeswehr entspricht. Für die EU im Gan-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
 rung, die SPD-Bundestagsfraktion sowie die S&D-Fraktion
 im Europäischen Parlament werden dazu aufgefordert, ih-
 re Zustimmung zu einer verstärkten Europäisierung der
 Sicherheitspolitik an Bedingungen zu knüpfen, die ei-
 ner intergouvernementalen Entkoppelung von demokra-
 tischer Kontrolle und den zunehmenden Kapazitäten im
 Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vorbeu-
 gen.

Wir unterstützen explizit die Entwicklung des strate-
 gischen Kompasses als neuem Grundlagendokument
 der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
 (GSVP) der Europäischen Union (EU) sowie das Ziel, ge-
 meinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungsinter-
 essen zu verfolgen. Allerdings **muss dieser Prozess mit**
 einer Verstärkung der parlamentarisch-demokratischen
 Kontrolle durch das EU-Parlament und die nationalen Pa-
 rlamente verbunden werden.

Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PES-
 CO) wurde ein erster wichtiger Schritt zu mehr suprana-
 tionaler Gemeinsamkeit in der europäischen Sicherheits-
 , Verteidigungs- sowie Rüstungspolitik getan. Dieser Pro-
 zess hin zu einer echten Europäischen Sicherheits- und
 Verteidigungsunion muss nun entschlossen vorangetrie-
 ben und gleichzeitig einer effektiven demokratischen
 Kontrolle unterworfen werden:

- Eine sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidi-
 gungspolitik hat zum Ziel, demokratische Kontrol-
 le, sog. „Checks und Balances“, aufzubauen und auf-
 rechtzuerhalten. Anstatt weitere Kapazitäten und
 Fähigkeiten auf zwischenstaatlicher Ebene zu schaf-
 fen – etwa um Größenvorteile in der Handlungsfä-
 higkeit zu gewinnen – , sollte eine Neugestaltung
 supranationaler europäischer Kompetenzbefugnisse
 in der GSVP im Fokus stehen. Wir fordern daher
 eine stärkere Beteiligung des EU-Parlaments an der
 Überprüfung, Billigung und strategischen Lenkung
 gemeinsamer GSVP-Ressourcen.
- Für EU-Missionen im Ausland muss für das EU-
 Parlament ein Parlamentsvorbehalt Anwendung
 finden, der dem des Bundestages für Auslandsein-
 sätze der Bundeswehr entspricht. Für die EU im Gan-
 zen betreffenden sicherheits- und verteidigungs-
 politischen Maßnahmen müssen die Kontroll- und

48 zen betreffenden sicherheits- und verteidigungs-
 49 politischen Maßnahmen müssen die Kontroll- und
 50 Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parla-
 51 ments – analog zum ordentlichen Gesetzgebungs-
 52 verfahren - das gleiche Gewicht haben wie Beschlüs-
 53 se des Europäischen Rats und des Ministerrats.
 54 • Außerdem halten wir es für zwingend notwendig,
 55 dass das Europäische Parlament an der Aufstellung,
 56 Entwicklung und Evaluation des Erfolgs von Strate-
 57 gien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheits-
 58 politik der Union (GASP) und der GSVP, wie zum Bei-
 59 spiel bei der Aufstellung von gesamteuropäischen
 60 Prioritäten (strategischer Kompass), aktiv mit einbe-
 61 zogen wird, damit es seine demokratische Rolle als
 62 Kontrollorgan der Exekutive ausüben kann und de-
 63 mokratische Verantwortlichkeiten aufgebaut wer-
 64 den.
 65 • Um demokratisch entkoppelten Kapazitäten
 66 entgegenzutreten und um parlamentarisch-
 67 demokratische Verantwortlichkeit zu schaffen,
 68 fordern wir auch, dass sich Agenturen wie FRONTEX
 69 vor dem Europäischen Parlament zu verantworten
 70 haben, wenn es zu Verletzungen von Menschen-
 71 rechten oder der Missachtung des Seerechtsüber-
 72 einkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS)
 73 durch seine Beamte kommt.

74
 75

76 **Begründung**

77 In einer globalen Welt, in der Konflikte von heute auf mor-
 78 gen entstehen können, bedarf es europäischer Institutio-
 79 nen, die kollektiv auf der Basis von Menschenrechten und
 80 internationalen Normen handeln. Wir sind davon über-
 81 zeugt, dass eine demokratische verankerte Verteidigungs-
 82 und Sicherheitspolitik ein stärkeres Level von Verantwort-
 83 lichkeit schafft, welcher in Anbetracht der zunehmenden
 84 Kapazitäten auf der europäischen Ebene unabdingbar ist.

85

86 Der Gasstreit im östlichen Mittelmeer, die Zersplitterung
 87 Libyens, Konflikte im Post-Sowjetischen Raum und die an-
 88 haltenden Unruhen im Nahen Osten sind nur einige Bei-
 89 spiele für Konfliktherde in der unmittelbaren Nachbar-
 90 schaft der Europäischen Union, die in den verschiedenen
 91 Mitgliedstaaten der EU für verschiedenen Bedrohungs-
 92 wahrnehmungen sorgen. Während in den östlichen Mit-
 93 gliedstaaten meistens Russland als Bedrohung wahrgen-
 94 ommen wird - insbesondere mit der völkerrechtswid-
 95 rigen Annexion der Krim sind Erinnerungen des histori-
 96 schen kollektiven Gedächtnisses Osteuropas an die Ver-
 97 gangenheit in der ehemaligen Sowjetunion wachgerufen
 98 worden - fühlen sich die EU-Mitgliedstaaten im Süden bei
 99 der Bewältigung von transnationaler Kriminalität sowie
 100 Migration und Flucht alleingelassen.

Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parla-
 ments – analog zum ordentlichen Gesetzgebungs-
 verfahren - das gleiche Gewicht haben wie Beschlüs-
 se des Europäischen Rats und des Ministerrats.

- Außerdem halten wir es für zwingend notwendig, dass das Europäische Parlament an der Aufstellung, Entwicklung und Evaluation des Erfolgs von Strategien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union (GASP) und der GSVP, wie zum Beispiel bei der Aufstellung von gesamteuropäischen Prioritäten (strategischer Kompass), aktiv mit einbezogen wird, damit es seine demokratische Rolle als Kontrollorgan der Exekutive ausüben kann und demokratische Verantwortlichkeiten aufgebaut werden.
- **Um demokratisch entkoppelten Entwicklungen entgegenzutreten und um parlamentarisch-demokratische Verantwortlichkeit zu schaffen, fordern wir, dass sich Agenturen der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vor dem Europäischen Parlament und vor den europäischen Gerichten zu verantworten haben.**

101
102 Diese verschiedenen Bedrohungswahrnehmungen bilden
103 auch den Kontext, in dem europäische Verteidigungs-
104 minister*innen über die Weiterentwicklung und das Gelin-
105 gen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und
106 Sicherheitspolitik beratschlagen. Um diese verschiedenen
107 Perspektiven und strategischen Kulturen zu vereinen, wird
108 momentan an einem strategischen Kompass gearbeitet.
109 Zunächst soll eine Bedrohungsanalyse erstellt werden, die
110 der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen-
111 und Sicherheitspolitik bis zum Ende des Jahres 2020 vor-
112 legen soll. Die EU-Mitgliedstaaten liefern Inputs, sie stim-
113 men zwar nicht über das finale Dokument ab, treten aber
114 danach auf der Grundlage der Analyse in einen struk-
115 turisierten Dialog. Es gibt vier Hauptthemen. 1. Krisenma-
116 nagement: Wie lässt sich die Instabilität in der Nachbar-
117 schaft der EU adressieren? 2. Resilienz: Hierzu zählt unter
118 anderem Informationskriegsführung und hybride Kriegs-
119 führung. 3. Fähigkeiten: Welche militärischen Fähigkeiten
120 sind nötig, um den gemeinsamen Bedrohungswahrneh-
121 mungen zu begegnen? 4. Partnerschaften: Mit welchen
122 Staaten können strategische Sicherheitspartnerschaften
123 aufgenommen und ausgebaut werden? Hier ist zum Bei-
124 spiel das Vereinigte Königreich ein wichtiger zukünftiger
125 Partner nach der Übergangsphase des Austrittsabkom-
126 mens.

127
128 Obwohl wir den strategischen Kompass grundsätzlich un-
129 terstützen, kritisieren wir die fehlenden Kontrollmecha-
130 nismen der parlamentarisch-demokratischen Verantwor-
131 tung bei der Aufstellung und Entwicklung von Strategien
132 für die GSVP und die GASP. Zudem dominieren in fast al-
133 len Bereichen der GASP weiterhin intergouvernementale
134 Entscheidungsprozesse, ohne eine Rolle für das Europäi-
135 sche Parlament, insbesondere in Verteidigungs- und mili-
136 tärischen Fragen. Momentan hält das Europäische Parla-
137 ment zweimal im Jahr eine Debatte bezüglich der GASP
138 und der GSVP. Obwohl es dadurch de facto die Möglich-
139 keit hat, aktuelle Entwicklungen zu kommentieren, ist sei-
140 ne Rolle de jure unwesentlich. Insbesondere der nationa-
141 le Vergleich mit dem Charakter der Bundeswehr als Par-
142 lamentsarmee durch den „konstitutiven Parlamentsvor-
143 behalt“, welches im Parlamentsbeteiligungsgesetz auf ei-
144 ne gesetzliche Grundlage gestellt wurde, führt einem die
145 unzulängliche demokratische Verantwortlichkeit auf EU-
146 Ebene vor Augen.

147
148 So scheint es als ob intergouvernementale europäische
149 Kapazitäten im Bereich der Sicherheits- und Vereidi-
150 gungspolitik wachsen, nicht aber die parlamentarisch-
151 demokratischen Kontrollorgane. Beispielsweise zählte die
152 Grenzschutzagentur FRONTEX anfangs 370 Mitarbeiter
153 und ein Jahresbudget von 142 Millionen Euro, heute sind

154 es bereits mehr als 1.500 Mitarbeiter und 330 Millionen
155 Euro. Nach dem Willen der Kommission würde die Agen-
156 tur bis 2024 sogar auf 10.000 Mitarbeiter anwachsen.
157 Aber die Kontrollorgane sind nicht mitgewachsen. Nicht-
158 regierungsorganisationen kritisieren zum Beispiel, dass
159 die massiven Steigerungen an finanziellen Mitteln und
160 Personal in keinem Verhältnis stehen zu derselben Sta-
161 gnation in diesem Bereich für das Büro der Menschen-
162 rechtsbeauftragten innerhalb der Agentur.

163

164 Eine starke parlamentarisch-demokratische Kontrolle der
165 Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in
166 Form gleichgewichtiger Mitentscheidungskompetenzen
167 des Europäischen Parlaments und einer stärkeren Kon-
168 trollfunktion von europäischen Sicherheitsinstitutionen,
169 ist in gleicher Weise zur Sicherung der Akzeptanz sicher-
170 heitspolitischer Entscheidungen auf EU-Ebene bei der eu-
171 ropäischen Öffentlichkeit wie zur Gewährleistung uni-
172 verseller Normen erforderlich. Sie sollte ergänzt werden
173 durch eine stärkere Nutzung zivilgesellschaftlicher und
174 bürgerschaftlicher Mitbestimmungsmechanismen unter
175 besonderer Berücksichtigung von Frauenrechten gemäß
176 den Vorgaben der UNSC-Resolution 1325.